



Kollegium an der  
BHAK/BHAS BAKIP Bruck/Mur  
Brückengasse 2  
8600 Bruck/Mur  
[www.hakip-bruck.at](http://www.hakip-bruck.at)

Bruck/Mur, 25. 9. 2013

An die Parlamentsdirektion  
via E-Mail  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

**Betrifft:**  
**Stellungnahme zur Dienstrechtsnovelle 2013 – Pädagogischer Dienst**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In offener Frist übermittelt der GBA der BHAK/BHAS/BAKIP Bruck/Mur nach der am Mittwoch, den 25. September 2013, stattgefundenen Dienststellenversammlung die Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf.

1. Der vorliegende Entwurf, der erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik ohne vorherige sozialpartnerschaftliche Einigung in Begutachtung versandt worden ist, enthält eine **wesentliche Schwäche**: Die angepriesene Bildungsreform entpuppt sich als ausgeklügeltes **Sparpaket**, das dem Lehrpersonal noch weniger Spielraum bietet, den Schüler/innen Zeit und effizienten Unterricht zu bieten.
2. Im Dienstrechtsentwurf ist eine **massive Arbeitszeiterhöhung** (24 Stunden Unterrichtsverpflichtung) enthalten, alle nicht-unterrichtlichen Tätigkeiten kommen „all inclusive“ dazu. Die Einrechnung der Vor-, Nachbereitungs- und Korrekturarbeit in die Lehrverpflichtung im alten Bundesdienstrecht soll durch Zulagen ersetzt werden. Das trifft KollegInnen mit Korrekturfächern am härtesten. Die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung (bis zu 40 %) führt zu immensen tatsächlichen Arbeitszeiten, die daraus resultierenden Belastungen gehen letztlich auf Kosten der Unterrichtsqualität! Mehr Arbeit wird auf weniger Lehrer/innen aufgeteilt.
3. Die im neuen Dienstrecht angestellten Lehrer/innen sind nur halb so lange ausgebildet wie die bisher im Dienst Stehenden. Eine gewaltige **Niveausenkung** ist zu erwarten und die Unsicherheit bei der Weiterbeschäftigung wird zu einer **entwürdigenden Arbeitssituation** führen.

4. Bei der neuen LehrerInnen-Ausbildung sind 8 Semester Bachelor-Studium vorgesehen, anschließend eine "Induktionsphase" bei voller Lehrverpflichtung und einem dreisemestrigen, berufsbegleitenden Masterstudium, das binnen fünf Jahren abzuschließen ist, berufsbegleitend und ohne jede Lehrpflichtermäßigung. Diese akademische Ausbildung würde zwar mit höheren Anfangsgehältern (die in der Öffentlichkeit zwecks Neidreflex als besonders attraktiv genannt, ja gepriesen werden) abgegolten, dank der abgeflachten Gehaltskurve käme als aktive Lebensverdienstsumme aber eine heraus, die nur schwach über dem jetzigen L2a2- (PflichtschullehrerInnen-)Niveau läge, kein Upgrading der APS-KollegInnen auf L1, sondern Downgrading der bisherigen L1-LehrerInnen auf L2a2. Also: **Länger studieren, mehr arbeiten und deutlich weniger Geld dafür.** Die angepriesene **Attraktivität der Einstiegsgehälter** für Junglehrer/innen **entpuppt sich** nach Betrachtung der Induktionsphase und den parallel dazu verlaufenden Hospitationen und Fortbildungen als Hohn.
5. Hat man bei der Erstellung des Entwurfs vielleicht auch daran gedacht, dass auch Lehrer/innen das Recht haben, Familien zu gründen?
6. Die Lehrerausbildung fokussiert sich auf einen allgemein einsetzbaren „Einheitslehrer“ - der überall in der Sekundarstufe einsetzbar ist und das Modell für den Gesamtschullehrer bietet. Auf diese Weise soll anscheinend das, was die Politik nicht geschafft hat, durch die Hintertür realisiert werden. **Ein wirklich neues modernes Dienstrecht muss Lehrer/innen motivieren - und nicht frustrieren und ausbeuten!**
7. Wir fragen uns, ob diese „billige“ Schule, die unter dem Strich dann übrig bleibt, den hoch gesteckten Zielen, im internationalen Vergleich zu reüssieren, gerecht wird.
8. Das neue Dienstrecht geht überhaupt nicht auf die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre ein, jeglicher Bezug zur Praxis fehlt. 150 Postbeamte werden österreichweit als Unterstützungspersonal angeboten!
9. Der eigentliche Dienstrechts-Skandal ist aber, dass es **keine grundlegende Bildungsreform** gibt, wieder keine gemeinsame Schule aller Schulpflichtigen, kein bundesweit verbindliches Schulrecht, keine demokratische Mitbestimmung an den Schulen und dass die Regierung beim Thema Bildung in Österreich, wie gehabt, zu allerobst an die Kosten denkt und diese möglichst senken will. Anstatt sich seriös zu überlegen, wie die demokratische, sozial-integrative, die **Stärken aller Kinder fördernde Schule** gestaltet werden soll, wird ums Geld gefeilscht wie auf einem Basar, und um parteipolitischen Machterhalt.

Wir fordern im Namen des Lehrerkollegiums der BHAK/BHAS/BAKIP Bruck/Mur, dass die Verhandlungen mit der Gewerkschaft **s o f o r t** wieder aufgenommen werden und die kritisierten Punkte im Gesetzesentwurf überarbeitet werden!

**GBA-Vorsitzender: OStR Mag. Martin Wallner**

**GBA-Vorsitzender Stellvertreterin: Mag. Silke Zwigl**